

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Echo im Ausland.

Pariser, Brüsseler und Londoner Pressestimmen.

In Paris schien man gestern allgemein mit dem Urteil über das deutsche Angebot schnell fertig zu sein. Um 4 Uhr nachmittags war der deutsche Text im Ministerium des Äußern überreicht, und kaum hatte man festgestellt, daß sich der offizielle Wortlaut im wesentlichen mit den tags zuvor bekanntgewordenen Einzelheiten deckt, da wurde schon das Stichwort „vollkommen unannehmbar“ ausgegeben. Poincaré selbst soll, wie der Pariser Berichterstatter der „Voss. Zig.“ drahtet, um 8 Uhr abends den Pressevertretern gegenüber erklärt haben, die deutsche Note würde erst in einer Ministerratsitzung am Donnerstag vormittag geprüft werden, es könne jedoch bereits als sicher gelten, daß Frankreich die deutschen Vorschläge für unannehmbar erklären würde.

Dementsprechend sind auch die Auslassungen der heutigen regierungsfreundlichen Pariser Morgenpresse gehalten. „Matin“ will von den zuständigen Stellen gehört haben, daß man dort die Note „von der ersten bis zur letzten Zeile“ als unannehmbar bezeichne. Ebenso „Petit Parisien“, „Eclair“ und „Echo de Paris“.

Wenn auch diese Auffassung leider als die in Paris maßgebende beurteilt werden muß, so ist es doch bemerkenswert, daß ein großes Blatt, und zwar das „Petit Journal“, das „L'Echo“ gehört, wesentlich anders über die Lage urteilt. Darüber berichtet ein Pariser Telegramm vom „Est Europe“:

Das „Petit Journal“ wünscht, daß die deutschen Reparationsangebote, wenn auch nicht die Grundlage, so doch den Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit Deutschland bilden sollen. Man dürfe Deutschland nicht in dem Gedanken bestärken, daß Frankreich alle seine Angebote inkonsequent ablehne, ohne sie vorher zu prüfen. Die Frage der Reparationen und des Friedens seien zu ernste Dinge, um nicht auch ernst behandelt zu werden. Wenn man glaube, daß Deutschland nicht die richtigen Mittel vorschläge, so müsse Frankreich den Weg zum Frieden ebnen, indem es in klarer Weise ausbreite, was es zu tun habe. Das Blatt bedauert, daß Reichskanzler Cuno von der Fortsetzung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet gesprochen habe. Ebenso sei es von Deutschland unrichtig gewesen, daß es die Feststellung seiner Leistungsfähigkeit durch internationale Bankiers wünsche. Sobald Deutschland mit seinen Gläubigern zu einem Einvernehmen gekommen sein werde, werde sich auch seine Zahlungsfähigkeit und sein Kredit erhöhen. Desgleichen vermehre sich seine Zahlungsfähigkeit, wenn die deutsche Währung stabilisiert wäre und die deutschen Finanzen kontrolliert würden. Deutschland solle weniger Sachverständige als Zeichnen für seine Ansprüche suchen. In der Frage der Garantien spreche sich die deutsche Note klar genug aus, aber man müsse feststellen, daß sie die Garantien nicht im voraus festgelegt habe, daß daher Deutschland sie auch nicht ablehne. In diesen Punkten wäre eine Besprechung möglich, sobald die Grundlage für Verhandlungen vorhanden sei. Man wisse in Paris, daß man sich in Berlin immer mehr an den Gedanken gewöhne, daß eine internationale Kontrolle der deutschen Garantien für die Anleihen, insbesondere der Zölle, der Eisenbahnen und teilweise auch der Industrieproduktion erfolgen müsse. In der Sicherheitsfrage biete Deutschland keine ausreichenden Garantien an. Man müsse wenigstens die Enmilitarisierung des ganzen linken Rheingebiets unter internationaler Kontrolle fordern. Die 30 Milliarden für Reparationszahlungen seien selbstverständlich unzureichend. Aber alle Zahlen könnten eine Grundlage für Verhandlungen bilden. Einen Gegenstand zwischen den 30 Milliarden, die Deutschland anbiete, und den 132 Milliarden des Londoner Ultimatus dürfe man nicht aufstellen, ohne sich darüber klar zu sein, welchen Gegenwert diese beiden Summen haben und ehe man auch nicht wisse, ob die irrealisierten Schulden annulliert würden. Es wäre sicherlich besser gewesen, wenn Deutschland eine vernünftiger Summe angeboten hätte. Aber bei allen Verhandlungen werde gehandelt, und man solle keine Enttäuschungen auslösen, wenn Deutschland zu Beginn der Verhandlungen eine Summe anbot, die es selbst nicht als genügend betrachten würde. Das „Petit Journal“ schließt mit dem Wunsch, daß ein Einvernehmen unter allen Alliierten zustandekommen möge, das auch auf Deutschland sofortige Rückwirkung haben werde.

Aus fast allen diesen Sätzen spricht ein hohes Maß von wirtschaftlichem Verständnis und von politischem Entgegenkommen, das um so deutlicher und erfreulicher von dem hysterischen Geschrei der übrigen Boulevard-Blätter absteht. Wenn z. B. die nationale „Liberé“ hinsichtlich der geplanten internationalen Anleihen schreibt, Deutschland biete „das Geld der anderen“ an, und das seien „die klassischen Wege des Schuldners, der in einem Monat in einem Schemel, den er von Amerika erwarte, alles zurückzahlen“ wolle, so zeigt dies nur, welche Art von politischen Analysen auf die französische öffentliche Meinung losgelassen wird.

Die meisten Bemerkungen des „Petit Journal“ erinnern so deutlich an die seit längerer Zeit von L'Echo wiederholt entwickelten Gedankengänge, daß man in dem ehemaligen Minister für die zerstörten Gebiete den Verfasser dieses Aufjags vermuten muß. Die Frage ist nun: Ist der Präsident

Dollar 40 000.

Die Spekulanten pfeifen auf Becker!

Die Berliner Börse stand heute im Zeichen der reinsten Katastrophenhaufe. Die ablehnenden Kommentare der Pariser Presse zur deutschen Note, die gewisse Schlüsse auf die zu erwartende Antwort der französischen Regierung zulassen, erschwerte der Reichsbank die Fortsetzung der Stützungsaktion für die Mark außerordentlich. Bereits in den Mittagsstunden nannte man Dollarkurse, die zwischen 36 000 und 37 000, also wesentlich über der Parität des gestrigen New Yorker Marktkurses lagen. In der Börse setzte eine regelrechte Devisenpanik ein. Der Dollar stellte sich gegen 1 Uhr auf 39 500. Die heute morgen in der Presse veröffentlichten Mitteilungen über den Inhalt des Devisennotgesetzes machten gar keinen Eindruck.

Am Effektenmarkt lagen ungeheure Kaufordere aus der Provinz vor, die sich an den vorangegangenen beiden börsenfreien Tagen angesammelt hatten. Dementsprechend gingen die Kurse sprunghaft in die Höhe. Die Berusspekulation zeigte allerdings eine gewisse Zurückhaltung und nahm auf verschiedenen Märkten Gewinnversicherungen vor.

Gegen die Devisenspekulation.

Sozialdemokratischer Antrag auf Untersuchungsausschuß.

Die von den bürgerlichen Mittelparteien angekündigte Interpellation über die Ursachen des Marksturzes ist dem Reichstage bisher noch nicht zugegangen. Das ist recht eigentümlich und erweckt den Eindruck, als ob es den Urheber dieser Interpellation weniger auf die sachliche Beratung und Klärung der Ursachen des Marksturzes ankommt, denn auf die Beruhigung der Öffentlichkeit. Die sozialdemokratische Fraktion, die bereits vor der Interpellation der bürgerlichen Mittelparteien die Absicht hatte, einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu stellen, hat jetzt diesen Antrag eingebracht. Der Antrag lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen:
Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Wirksamkeit der von der Reichsregierung und der Reichsbank zur Stützung der Mark getroffenen Maßnahmen prüfen und die Vorgänge feststellen soll, die zur Erschütterung der Stützungsaktion für die Mark auf dem Geldmarkt geführt haben.“

Die sozialdemokratische Fraktion wird für diesen Antrag die schnellste Beratung verlangen.

der Republik Millerand, der bekanntlich in letzter Zeit in enger Fühlung mit L'Echo steht, mit diesem Standpunkt des „Petit Journal“ einverstanden? Wenn ja, dann würden Ausichten darauf bestehen, daß die Entscheidung des heutigen Ministerrates in Paris nicht so vollkommen negativ ausfällt, wie es die sonstigen Presseäußerungen befürchten lassen. Es ist jedenfalls außerordentlich bemerkenswert, daß in dieser Stunde, in der mit allen denkbaren Beeinflussungsmitteln die öffentliche Meinung Frankreichs auf die Ablehnung jeglicher Verhandlungen festgelegt werden soll, sich eine so gewichtige Stimme wie die des „Petit Journal“ in einem so vernünftigen Sinne zu äußern wagt.

Äußerungen der oppositionellen, linksbürgerlichen und sozialistischen Pariser Presse lagen bis zur Mittagsstunde noch nicht vor. Wenn auch die offene Opposition gegenwärtig auf die Entscheidungen der Regierung keinen unmittelbaren Einfluß ausüben kann, so wird indessen durch die Stellungnahme des „Petit Journal“ ein nicht zu unterschätzender Rückhalt geschaffen.

Andererseits kann die französische Regierung allein nicht über die weitere Entwicklung der Dinge entscheiden. Sie muß auch auf die öffentliche Meinung in den Ententeländern und auf die Beschlüsse ihrer Regierungen Rücksicht nehmen. Das gilt in erster Linie für Belgien. Soweit belgische Pressestimmen vorliegen, sind sie ebenfalls ablehnend, doch anscheinend nicht in dem gleichen Maße wie die Pariser. Nach der „Etoile Belge“ sollen die deutschen Vorschläge in amtlichen Kreisen Enttäuschung hervorgerufen haben. Von einer Ablehnung jeglicher Verhandlungen scheint man dort noch nicht zu sprechen. Die in französischer Sprache in Antwerpen erscheinende Handelszeitung „Reptune“ will wissen, daß die belgische und die französische Regierung sich nunmehr zusammensehen werden, um auf die deutsche Note Punkt für Punkt zu antworten. In Paris hat diese Mitteilung des „Reptune“ bereits einiges Unbehagen hervorgerufen, da eine solche eingehende Beantwortung die Befehlsmächte zwingen würde, endlich zu sagen, wie sie sich selbst die Regelung der Reparationsfrage und die weitere Entwicklung der Dinge vorstellen. Das ist es aber gerade, was man in Paris so sorgfältig vermeiden möchte. Im übrigen würde eine detaillierte Antwortnote gewissermaßen den Beginn von Verhandlungen bilden oder zumindest bilden können. Daher wohl das Verlangen

der Pariser Scharfmacher nach sofortiger kurzer, kategorischer Ablehnung. Es scheint, daß diese Frage in den nächsten Tagen die wichtigste sein wird, die zur allgemeinen Erörterung und zur Entscheidung zwischen dem Pariser und dem Brüsseler Kabinett gestellt werden wird: Eine einfache Ablehnung oder eine detaillierte Antwort?

Es wird nun die Aufgabe aller Anhänger einer friedlichen Regelung der europäischen Probleme sein, dahin zu wirken, daß die Entscheidung im Sinne der ausführlichen Antwort falle. Namentlich die belgischen Sozialisten können in ihrem Lande ihre gewichtige Stimme in diesem Sinne erheben und damit auch indirekt die Katastrophenpolitiker an der Seine in Schach halten.

Mindestens ebenso wichtig ist natürlich die Aufnahme der Note in England. Wir wollen daher zunächst die englischen Blätterstimmen in der ganzen Ausführlichkeit des Londoner WTB-Telegramms wiedergeben:

London, 3. Mai. (WTB.) Die heutige Morgenpresse veröffentlicht den vollen Wortlaut der deutschen Note. Alle Blätter nehmen in Beiträgen dazu Stellung. Die Note wird von den meisten Blättern hauptsächlich wegen ihres Tones kritisiert. Der überwiegende Teil der Presse tritt jedoch dafür ein, die Note trotzdem als Ausgangspunkt

von Verhandlungen zu machen. Der diplomatische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die deutsche Note sei gestern in politischen Kreisen als genügend ernstes Angebot für die Regelung der Reparationen angesehen worden, um eine ermöglichte Erwiderung von Seiten der in Betracht kommenden Länder zu verdienen. Da sie an alle Alliierten gerichtet sei, so habe

jeder der Alliierten das Recht, eine Ansicht auszudrücken und man könne mit Sicherheit vorherzusagen, daß weder England noch Amerika die Note Deutschlands ohne weiteres zurückweisen werden. Auch Italien werde wahrscheinlich die Gelegenheit ergreifen, um seine Ansichten bekanntzugeben. Belgien werde wahrscheinlich allem, was Frankreich sage, zustimmen, und gestern abend schien nicht viel Hoffnung zu bestehen, daß die französische Regierung einen anderen Standpunkt als die summarische Verwerfung einnehmen werde. Der gesamte Tenor der deutschen Note lasse darauf schließen, daß ihre Bedingungen elastisch sind und nicht unterbreitet wurden in irgendeinem Gedanken, ein letztes Wort in dieser Frage zu sprechen. „Times“ weist in ihrem Finanzteil darauf hin, daß die Veröffentlichung der deutschen Note sowohl Frank- als auch Mark-Berläufe zur Folge hatte. Damit habe der Markt seine Ansicht ausgedrückt, daß Frankreich das deutsche Angebot verwerfe werde. In gut unterrichteten Kreisen in der City sei die deutsche Note im Gegenteil begrüßt worden, weil sie, was auch immer ihre Aufnahme durch Frankreich sein mag, eine neue Lage in der Geschichte der Reparationsfrage schaffen müsse.

Es gäbe niemand in der City, der nicht die Schwierigkeiten kenne und bereit sei zu sagen, wieviel Deutschland bezahlet könne, und daher habe wenig Reizung bestanden, über den in der deutschen Note erwähnten Betrag zu spekulieren. Das Hauptmerkmal der deutschen Note und das Merkmal, dem die City die meiste Bedeutung beimesse, sei Deutschlands Angebot, die Frage, was es zahlen könne, dem Urteil eines Welttribunals zu unterbreiten. Das deutsche Angebot schneide in einem Vergleich mit Bonar Law's Plan nicht gut ab. Die sachverständige Ansicht sei bestimmt dahin, daß ein Memorandum notwendig sei, damit Deutschland in der Lage sei, seine Finanzen zu reformieren und die Währung zu stabilisieren, denn bevor der deutsche Kredit wieder hergestellt sei, sei es natürlich unmöglich, für Deutschland Anleihen im In- oder Ausland auszubringen. Eine Stabilisierung könne nicht stattfinden, solange das Herz des deutschen industriellen Lebens, nämlich das Ruhrgebiet, vom Hauptkörper des deutschen Systems abgetrennt sei. Eine Hilfe von Seiten Amerikas, dessen Teilnahme für die Erhebung großer Beträge wesentlich sei, könne nicht erwartet werden, bevor angemessene Sicherheiten für die deutschen Anleihen beschafft und die Politik der Sanktionen aufgegeben wird.

In einem Beitrag schreiben „Times“ dagegen, das deutsche Angebot sei erfolgt, und es könne von vornherein gesagt werden, daß es das Reparationsproblem nicht löse. Das Angebot gebäre nur die unbestimmtesten Garantien, es werde so ungeklärt vorgebracht, daß es jede französische Empfindlichkeit erzeuge. Frankreich und Belgien würden jedoch zugunsten des deutschen Angebots nicht allzu summarisch zu verwerfen. Es schloge Punkt vor, von denen aus Schritte, allerdings kurze und zögernde in Richtung einer Regelung getan werden könnten. Deutschland mache in Uebereinstimmung mit dem von Lord Curzon gegebenen Rat ein positives Angebot, und die vorgeschlagenen Summen ständen nicht vollkommen außerhalb jeder Beziehung zu dem von Bonar Law in Paris im Januar vorgeschlagenen Betrag. Deutschland sei anscheinend bereit, außerdem Sachleistungen zu machen, obgleich die Note in diesen wie vielen anderen Punkten nicht sehr klar sei. Es sei kaum praktisch für Deutschland Frankreich zu ersuchen, das Ruhrgebiet in kürzester Zeit zu verlassen, was alles oder nichts bedeuten könne.

Das Vorteilhafteste, was Deutschland tun könne, im eigenen Interesse und in dem Europas, würde sein, seine sinnlose Politik vorläufiger Obstruktion" aufzugeben und sich zu ergeben. Dafür könne Deutschland mit Vorteil das Versprechen bekommen, daß eine Konferenz daraufhin abgehalten werden wird, auf der Deutschland „wenigstens“ vertreten sein wird. Eine solche Konferenz könne natürlich nur aus den alliierten Hauptmächten bestehen, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben und selbst unmittelbar an der Befriedigung ihrer rechtmäßigen Forderungen interessiert sind. Diese Mächte seien endgültige Schiedsrichter, ebenso wie sie die ersten Schiedsrichter waren. Das Blatt schließt, wenn Frankreich einer wirtschaftlichen Lösung eines wirtschaftlichen Problems zustimme, so werde es ganz Europa verpflichten, da die deutsche Note die Möglichkeit eines gemeinsamen Versuches aller in Betracht kommenden Mächte, das verfallende Gebäude der europäischen Stabilität wieder aufzurichten, biete.

„Daily Telegraph“ schreibt, man habe gehofft, daß die deutsche Note wenigstens einen Schritt in Richtung einer Regelung darstellen werde, und man sei bereit gewesen, sie fair und aufmerksam zu prüfen, wie man es auch jetzt tun werde, aber was könne man anders von diesem Erzeugnis sagen, als daß es überhaupt keinen Fortschritt in Richtung des erwünschten Zieles darstelle und dazu geeignet sei, eine moralische Lage, die bereits verzweifelt genug sei, noch schlimmer zu machen. Die Unterbreitung eines Angebotes an sich habe bereits unter den gegebenen Umständen einen Akt der Uebergabe bedeutet, und wenn schon einmal eine Uebergabe sein sollte, so hätte die Note mindestens derart sein müssen, daß sie einige Aussicht auf Erreichung des Zweckes schaffe. Das Blatt kommt zu dem Schluß, es sei keine Hoffnung auf eine Erneuerung der Verhandlungen auf der in der deutschen Note niedergelegten Grundlage zu erblicken.

„Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel mit den Worten: „Dem Frieden nicht näher“ und führt aus, leider zeigten die Franzosen, daß sie eine Regelung der Reparationsfrage gar nicht wollen. Es sei aber natürlich genug, obgleich zu gleicher Zeit bedauerlich, daß auch die Deutschen sich etwas auf hohe Roh setzten. Das Arbeiterblatt fährt fort: Wir wollen, daß Frankreich eine angemessene Summe für die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete erhält, aber unsere Sympathie gilt hauptsächlich den deutschen Arbeitern und ihren Frauen und Kindern, die eine so glänzende Entschlossenheit gezeigt haben, dem Militarismus nicht nachzugeben, die nicht allein Würde gezeigt haben, sondern Adel, und deren Opfer dauernd höher werden. In ihrem Interesse ebenso wie im Interesse der britischen Arbeiter, die erwerbslos sind wegen des ungeordneten Zustandes, fordern wir die Regierung dringend auf, eine Anstrengung zu machen, um die Parteien zusammenzubringen und einen Ausweg vorzuschlagen.

„Daily Chronicle“ schreibt: Der Wortlaut des deutschen Angebotes müßte von allen alliierten Ländern sorgfältig untersucht werden. Bevor eine Regelung erzielt und Deutschlands Mitwirkung gesichert sei, könnten die Alliierten nicht darauf rechnen, ihr Geld zu bekommen. Das Blatt erklärt sich keinesfalls zu der Ansicht, daß die Deutschen ein verstedtes Angebot gemacht haben und hält die vorgeschlagenen anderthalb Milliarden Pfund für zu wenig, obgleich sie anscheinend die Wiederaufnahme der verschiedenen vor Besetzung des Ruhrgebiets erfolgten Sachleistungen nicht ausschließen. Aber man sehe aus den Erklärungen Poincarés und seiner Presse, daß es wenig Unterschied gemacht hätte, wie hoch die Summe ist, wenn nicht Deutschland bedingungslos den passiven Widerstand aufgäbe. Es werde von Deutschland verlangt, sich selbst seiner letzten Waffen zu entäußern, bevor Frankreich mit ihm sprechen solle.

Aus dieser Zusammenstellung von Presseäußerungen ergibt sich, wie verschieden auch in London der deutsche Vorschlag beurteilt wird. Am meisten ablehnend stellt sich der konservative „Daily Telegraph“ ihm gegenüber, der allerdings in den letzten Wochen einen immer deutschfeindlicheren Standpunkt eingenommen hat. Die Kritik des „Daily Herald“ an die Adresse der deutschen Regierung wird man hierzulande um so aufmerksamer lesen müssen als die sonstigen Äußerungen unseres Londoner Bruderorgans ein

warmherziges Eintreten für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse und für die Haltung des Ruhrproletariats bedeuten. Aber auch die anderen Blätterstimmen lassen schon jetzt darauf schließen, daß die deutsche Note im allgemeinen keinen ungünstigeren Eindruck in England erweckt hat, obwohl die Londoner Korrespondenten der Pariser Presse das Gegenteil versichern. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß sich niemand auf Äußerungen amtlicher Londoner Kreise beruft. Das erklärt sich daraus, daß die englischen Regierungsstellen bisher ein absolutes Stillhaltegeheiß über ihre Ansichten und Absichten gewahrt haben.

Ungünstige Entscheidung des Ministerrates? Eine scharfmacherische Havas-Rundgebung.

Paris, 3. Mai. (W.Z.) Eine offenbar beeinflusste Mitteilung der Agentur Havas, in der im einzelnen die deutschen Vorschläge analysiert werden, kommt zu dem Schluß, die französische Regierung habe heute vormittag im Ministerrat über die deutsche Note beraten. Aber man könne schon jetzt versichern, daß die neuen Angebote als unannehmbar erschienen. Nach den ersten aus Brüssel vorliegenden Anzeichen werde übrigens diese Empfindung von dem belgischen Kabinett vollkommen geteilt. Es sei wenig wahrscheinlich, daß die französischen und belgischen Minister zusammenkommen, um über die deutsche Note zu verhandeln, ebenso scheine ein großer Teil der öffentlichen Meinung in England und ein großer Teil der italienischen Kreise die Berliner Vorschläge ungünstig aufzunehmen, die im allgemeinen als für unzulänglich beurteilt werden. Eine rasche Prägung der deutschen Note genüge übrigens, um sofort den illusorischen Charakter hervortreten zu lassen. Die deutsche Note mache mit einem Wort tabula rasa mit dem Versailler Vertrag. Die Pariser und die Brüsseler Regierung würden sie gebührend beantworten, indem sie die Ausbeutung des Ruhrrevolvers intensiver gestalten.

Bei Schluß des Blattes trafen noch folgende Kommentare der Pariser Oppositionspressen durch W.Z. ein:

Der sozialistische „Populaire“ vertritt den Standpunkt, daß die deutschen Angebote ungenügend seien, und daß die deutschen Sozialisten dies als erste anerkannt hätten. Das Kabinett Cuno habe jedoch den ersten Schritt unternommen und Verhandlungen eingeleitet. Man könne hierauf nicht mit Still-schweigen antworten. Es sei unmöglich, bei dem zweideutigen status quo zu bleiben, der offenbar in Paris und Brüssel gefaßt zu haben scheint.

Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ vertritt den Standpunkt, daß die deutsche Note nicht die Hoffnung auf eine Verständigung gebracht habe. Sie bedeute nicht einmal einen Fortschritt gegenüber dem Plane Bergmanns, der der Pariser Konferenz hätte vorgelegt werden sollen. Die Ruhrbesetzung sei ruiniös in ihrer Durchführung und verhängnisvoll für das Reparationsproblem. Sie berge ungeheure Gefahren, da sie den Ruin Deutschlands beschleunige und auch für die Franzosen die Finanzschwierigkeiten verschlimmere. Das Blatt kommt zu dem Schluß: Das habe man von der französischen Politik zu sagen, die daran arbeite, diesen Ruin zu erleichtern und herbeizuführen.

Die „Ere nouvelle“ schreibt, bevor man nach Berlin „nein“ sage, müsse man sicher sein, daß Frankreich nicht allein „nein“ sage. Eine negative Antwort bedeute aber noch nicht das Ende. Wenn man jede Verhandlung verweigere, müsse man seiner Aktionsmittel sicher sein. Die Ruhr in französischen Händen sei ein politisches, aber kein produktives Pfand. „Wenn wir“, heißt es weiter, „die durch das Wort des Reichstanzlers garantierten 500 Millionen 20 Milliarden verachten, so ist es unerlässlich, daß wir in der Lage sind, 20 Milliarden zu schaffen, die garantiert sind durch die Fabrikanten durch das Eisen, durch die Kohle. Es ist zweifelhaft, ob wir durch unser Pfand diese Kompensationen erzielen. Die deutschen Vorschläge haben wenigstens das Verdienst, daß sie geheime Fragen ins helle Licht der Sonne stellen. Wir wollen nicht erklären, daß das nationale Interesse nicht erfordert, daß der deutsche Vorschlag negativ oder mit mehr oder weniger Reserve beantwortet werden soll. Aber wir glauben, daß das nicht überstürzt und leichtem Herzens geschieht.“

Als psychologische Studie, intim-naturalistisch ausgemalt, hätte der hofflos hin- und hergeworfene John Bitterlich des Stückes unter Umständen Interesse haben können. Indes zu einer in die Tiefe dringenden, die krankhaften Verworrenheiten des Charakters bedingenden Psychologie ist nirgendwo ein Anhalt. Er bleibt in seinem Deklamieren und seinem Tun von Anfang bis zu Ende unverstündlich und gleichgültig; die Zuhörer, die Zuschauer, das Schicksal dieses Helden als tragisch zu empfinden, ruft stärksten Widerspruch hervor. Der junge Mann, der niemals etwas Rühliches getan, schiebt seine innere Unzufriedenheit aufs Leben, aus dessen Niedrigkeit er fort will. Für das Festschlagen eines Selbstmordverluches reorganisiert er sich durch verdoppelte Unaussehlichkeiten, die er dann durch ein Kapitalverbrechen frönt. Das schiederlich-stupide Aussehen eines Bräutigams legt ihn in solche Wut, daß er sich auf ihn stürzt und ihn — ermüdet. Eine Tat, die seine Stimmung wohlthätig belebt. Von Neue keine Spur, doch freut er sich auf das Gefängnis. Weder die arme alte Mutter, noch der Staatsanwalt, der, wie die Staatsanwaltschaft ja nun einmal sind, dem Inhaftierten mitteilend zur Flucht rät (!), machen ihn in seiner Sehnsucht nach den Kerkermauern wohnend. Dies Wunder gesteht erst einem plötzlich auf die Bühne geschneiten Fräulein Ruth, einer enthusiastischen Verehrerin von Bitterlichs dämonischer Natur. Er flieht mit ihr, jubiliert von neuem Glück und tritt bei einer Bauernfarm als Spender eines Fährhens Freibier auf. Der Bruder der Dame holt das Mädchen ein und lockt es nach Hause, um den Verführer der Schwester zu — vergiften, was ihm nach wunderlich kinomäßig grotesken Verwicklungen des Bluffs schließlich auch gelingt, worauf als Abschluß eine Friedhofszene folgt. Verblüfft, gelangweilt, doch geduldig, liegt das Publikum den Wirrwort über sich ergehen. Ein kleiner Teil applaudierte.

Dem talentvollen Herrn Branaich fiel die undankbare Rolle des irrenhäuertlichen Deklamators zu. Menschlich berührte in dem Kummerschmerz Margarete Kupfers schlichte Mutter, die nichts an ihrem Sohne irremachen kann. Via Rollen gab der Jünger der Ruth eine sympathisch-mädchenhafte Frische. Franz Zworstis technische Einrichtung bot in den rasch vorüberziehenden kleinen Bühnenbildern stimmungsvolle Hintergründe.

Komische Oper: „Der Gauklerkönig.“ Die Operette hat eine flotte Handlung und eine sehr gute Pointe. Ein Komödiant, der dem regierenden König ähnlich sieht, spielt die Rolle des Herrschers so glänzend, daß alles Volk auf den Trid hereinstürzt. Während der König empört auf das Wagnis des Gauklers blickt, ist der Gaukler nicht weniger empört, daß einen Augenblick lang der verlorne König wogte, den Gaukler zu spielen. Herrscher und Komödiant — beide sind nicht voneinander zu unterscheiden gewesen. Es scheint nicht viel mit dem Gottesgadenbum der Auserwählten auf sich zu haben. Der ganze Jizad-Spaß ist eingedüstert von dem Adjutanten des Königs, der in seiner Geliebten Augen den königlichen Bräutigam in spe lächerlich machen wollte. Ein betrunkenen falkscher Hofmarschall, ehemals Schmitzregisseur, verrät in jedem Suff die ganze sanft-intrigante Affäre. Julest sitzen natürlich die richtig vertriebenen zwei Paare Hand in Hand beieinander.

Für den Text zeichneten drei verantwortlich: Presser, Stein und Zerlett, für die Musik: Gilbert. Dieser eine

Der Krupp-Prozess.

Essen, 3. Mai. (W.Z.) Der Krupp-Prozess ist nunmehr endgültig auf den 4. und 5. Mai anberaumt. Unter Anklage gestellt sind folgende Herren: 1. Krupp von Bohlen und Halbach; 2. Direktor Bernhard Ruhn; 3. Direktor Hartwig; 4. Direktor Desterler; 5. Direktor Baur; 6. Direktor Schaeffer; 7. Betriebsdirektor Schraepfer; 8. Betriebsdirektor Cuntz; 9. das Betriebsratsmitglied Müller; 10. der Chef der Lehrlingswerkstatt, Groß. Gegen die Angeklagten 5, 6, 7, 8 und 10 wird in Abwesenheit verhandelt. Außer Verfolgung gesetzt wurde Betriebsdirektor Ritter, weil er als bloßer Betriebsdirektor nicht in Frage kommt, und der Chef der Feuerwehr, Igne. — Die Klage bezieht sich in erster Linie auf Verordnung 22, die bei schweren Verbrechen Todesstrafe oder lebenslangliches, mindestens aber zehn Jahre Gefängnis vorsieht. Es handelt sich dabei um Bildung eines Komplotts und um Machinationen zur Begehung eines Attentates gegen die französischen Truppen. Im ganzen sind 40 Zeugen geladen, und zwar 20 vom Ankläger und 20 von der Verteidigung. Mit dem Prozeß verbunden ist ein Verfahren gegen Gerlich, Smuda und Sorgenicht, die angeklagt sind, bei den Vorgängen am Karfreitag einem belgischen Soldaten das Rotorrad weggenommen und es verheimlicht zu haben.

Essen, 3. Mai. (W.Z.) Werksleitung und Betriebsrat der Krupp'schen Gussstahlfabrik haben an die Werksangehörigen die nachstehende Bekanntmachung erlassen, die an den Plakattafeln der Gussstahlfabrik angeschlagen ist: „Herr Krupp von Bohlen und Halbach, der Vorsitzende unseres Aufsichtsrates, ist gestern vormittag, als er in der Angelegenheit der verhafteten Mitglieder des Direktoriums zum dritten Male einer Verurteilung zu einer Vernehmung als Zeuge gefolgt war, von der französischen Behörde verhaftet worden. In ausdrücklichem Einverständnis mit Herrn Krupp von Bohlen und Halbach und im Einklang mit den übrigen Beteiligten richten wir heute an alle Werksangehörigen die Bitte, von einem Proteststreik aus Anlaß dieser neuen Verhaftung abzugehen und bei der Arbeit zu bleiben. Wir sind der Ueberzeugung, daß damit unserer Sache und dem Vaterlande zunächst am besten gedient wird.“

Die Franzosen verlangen Kohlensteuer.

Duisburg, 3. Mai. (W.Z.) Die Franzosen verlangen nunmehr von den Industriellen Werken die Bezahlung der Kohlensteuer. Vom hiesigen Rheinischen Stahlwerk wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Daraufhin beschlagnahmten die Franzosen mehrere Waggons verschiedenster Beschaffenheit.

Devisenkurse.

	3. Mai		2. Mai	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	15361.50	15438.50	12344.00	12405.04
1 argentinische Papier-Peso . . .	14264.25	14335.75	11821.12	11878.83
1 belgischer Frank	2244.38	2255.62	1850.86	1859.64
1 norwegische Krone	6683.25	6716.75	5386.50	5413.50
1 dänische Krone	7306.68	7343.32	6900.06	6989.94
1 schwedische Krone	10374. —	10426. —	8428.87	8471.13
1 finnische Mark	—	—	907.72	912.28
1 japanischer Yen	19650.50	19448.50	15660.75	15730.25
1 italienische Lire	1915.20	1924.80	1561.08	1568.92
1 Pfund Sterling	181545. —	182455. —	146883.12	147116.63
1 Dollar	39151.87	39348.13	31628.73	31779.25
1 französischer Frank	2613.45	2628.55	2159.58	2170.42
1 brasilianischer Milreis	4189.50	4210.50	3391.50	3408.50
1 Schweizer Frank	7192.12	7167.88	5760.56	5789.44
1 spanische Pesta	6034.87	6065.13	4887.75	4912.25
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	45.78	46.02
1 tschechische Krone	1182.08	1187.17	972.56	977.44
1 ungarische Krone	—	—	5.88	5.92
1 bulgarische Lewa	—	—	242.80	243.61
1 jugoslawischer Dinar	—	—	84.18	84.87

Eine Taube ist tot heruntergefallen.

Erzählt von Max Kolmsperger (München).

Auf dem Appart der Oberonspalastes, wo die Tauben sich tummeln, als gäbe es auf der ganzen Welt keine Raubvögel und Feinschwärmer, wo sie sich auf den Schultern der Menschen verträuensvoll niederlassen und Kindern, armen und reichen, aus der Hand die braunen Körner picken, ist gestern eine Taube, wie von einer unsichtbaren Hand herabgeschleudert, tot aufgefallen.

Eben in dem Augenblick, als der Föhn nach einigen Stunden der Nachmittagsruhe aufsprang und durch die Straßen raste wie ein Amokläufer. Eben in dem Augenblick, als sich über dem Platz eine plumpe schwarze Wolke öffnete.

Deutlich war das dumpfe Geräusch des Falles zu hören. Es überfiel mich die Vorstellung und es wurde mir danach zumute, als wenn der Tod in leibhaftiger Skelettfestalt vor mir, vor meine Füße einen Ball geschleudert hätte.

Dreimal noch ging ein Juden durch den graugefiederten Vogelkörper. Wie ein stummer Protest gegen die Tücke eines frühlingslosen Schicksals.

Kinder sammelten sich um die arme Vogelweiche. Ein kleines Mädchen hob sie auf, und vier, fünf Kinderhände strichen zart über den toten Körper, aus dem die Lebenswärme stoh — als wollten sie ihn wieder beleben. Ein kurzer, stummer Streit entstand, wer den toten Vogel ans Herz drücken dürfe und bergen vor Käse und Rasse.

„Er ist tot“, sagte das kleine Mädchen. „Ja, er ist tot“, sprachen die andern. Das klang trauriger und erschütternder als ein Grablied für irgendein verdientes Vereinsmitglied. . . . Ich habe noch nie einen so schönen Leichenzug gesehen, und ich wollte gerne einmal im Frühling sterben, könnte ich zu Grabe getragen werden wie diese Taube, die gestern tot aus den Lüften herunterfiel.

Kammerstücke: „Die Verführung“ von Paul Kornfeld. Das Werk trägt die Signatur innerer und äußerer Formlosigkeit, wie sie für gewisse moderne Dramen charakteristisch ist. Doch Gehalt und Kraft, um derenwillen ein Verbrechen mit den im Wesen der Bühne vorgeschriebenen Bindungen sich lohnen würde, fehlt. Von jener Weite, die in Strindbergs „Traumspiel“ walte und die dem ungebundenen, von keiner einseitigen Handlung zusammengehaltenen Wechsel der Bilder zu einem Weltbild des Erdentreibens steigert, ist in dem Dunkel dieses Hin und Her nichts zu spüren. Die Ansprüche an durchgeführte Charakteristik, Motivierung und Entwicklung, die der Verstand stellt, und die den Rahmen bilden, in welchem ebenso das klassische wie das naturalistische Charakterdrama sich bewegt hat, werden zu Gunsten einer blinden Willkür zurückgedrängt. Die Berufung auf die souveräne Freiheit der Phantasie schießt nicht aus der Ueberfülle der Geschehnisse, nicht aus einem Neuen, das über alle Norm und Schranken hinausgewachsen wäre, vielmehr dem Anschein nach aus einem Unvermögen plastischer Gestaltung.

ist eine gute Mischung aus vielem. Allerdings ragt er aus dem Kompositionen-Oreum als einer der besten immer noch heraus, auch wenn er ältere nicht schlechtere Weinjahrgänge in neuere Schläuche füllt. Er schreibt eine Wolzprophetie und wartet nach Bedarf auch mit assyrisch-babylonischen, mexikanischen und sonst geographisch nicht sicher nachweisbaren Melodien auf. In dem vornehmen, unaufdringlichen Spring- und Singstroschen Orchesterrahmen wirkt alles an Tanz und Lied gut, auch ohne Schlagor oder Dacapo, süß zu sein.

Leider spielt die Komische Oper ohne eigentliche hervortragende Soubretten. Charlotte Boerner singt mit zierlicher, feiner Stimme, Rizzi Metella ist burschlos und hat eine grobe Willigkeit. Die Stars sind diesmal Männer. Der Sirene-Strudel von Franz Groß, eine köstliche Theaterprobe aus vergangener Zeit, der frische, feste, tanzgelentige Harald Paulsen und mit guten Gesangsmanieren Artur Kistenmacher, der Liebhaber. Paul Weiner dirigiert. Der Erfolg der Operette war zwar nicht siederheiß, aber für die Mailänder doch von sehr geeigneter Temperatur.

Lehrerabend. Ein trübes Zukunftsbild der akademischen Jungelherren bot eine stark besuchte Versammlung des Preussischen Philologenverbandes im Friedrichsgymnasium. Viele Einwände wurden gegen den Entwurf zur Anwärterordnung erhoben, der kürzlich dem Landtage zugegangen ist. Während das Staatsministerium den Berichtsausschuss ständige Beschäftigung und Bezahlung gewährleistet, lehnt das Kultusministerium eine solche Fürsorge für seine Hilfskräfte ab. Nur eine beschränkte Zahl von Assistenten wird vom Staate übernommen, die übrigen werden auf die Straße gesetzt, ohne Abfertigung, ohne Unterstützung. Bei der Auswahl selbst gibt es keine Sicherung gegen Willkür und einseitige Beurteilung, parteipolitische Bevorzugung ist nicht ausgeschlossen. Da keine Berufung möglich ist, ist hier der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Versammlung wandte sich mit aller Schärfe gegen diese Willkür und fand dabei die Unterstützung der Vertreter verschiedener Parteien. Von unserer Partei war Frau Wegscheider anwesend. Die Kommunisten hatten Schotem geschickt, der in längerer Rede sein gutes Herz für das geistige Proletariat eindeckte. Die vielfachen Verbesserungsvorschläge, die der Referent und die zahlreichen Redner machten, werden bei den Verhandlungen im Landtage hoffentlich Früchte bringen.

Gilde Schewler bringt am 4., abends 8 Uhr, im Beethovensaal die längerisch-schaupielerschen Gestaltungen „Proletariat, Menschen, Dyrskov, Quamoren“.

Eine Studiengemeinschaft für wissenschaftliche Heimatkunde ist an der hiesigen Stelle für Naturdenkmalpflege in Berlin gegründet worden. Sie will in einem Lehrgang, der zwei Jahre dauern soll, eine Einführung in die wissenschaftliche Heimatkunde der Provinz Brandenburg und eine Anleitung zu selbständigen Arbeiten auf dem Gebiete der Heimatkunde geben. Regenten dafür sind die Hochschule unter den Angehörigen der hiesigen Stelle, der Universität, der Dohmer Anstalten, des Rätlichen Kullems.

Aus dem Reich der Humandigen. Eine Verordnung des Rektors der Universität Budapest verbietet den Studenten dieser Hochschule unter Androhung von Disziplinarstrafen, politischen Vereinigungen und ähnlichen Organisationen beizutreten.

Attentat auf Severing?

Nachdem die Berliner Polizei von der Aushebung der Steglitzer „Tischgesellschaft Brangel“ und von den Plänen Mittelung gemacht hat, die in den Kreisen dieser „Tischgesellschaft“ über einen Versuch zur Befreiung Kobach's erörtert wurden, kommt jetzt die „Rote Fahne“ mit der Miene des Wissenden, um der Welt ein Geheimnis zu verraten: Sie versichert, „aus sicherster Quelle“ zu wissen, daß tatsächlich beim Minister Severing am 27. April ein Attentat versucht worden sei. Zwei Personen, die sich als Kriminalbeamte ausgegeben, hätten sich in das Gebäude geschlichen und stürmlich den Minister zu sprechen versucht. Schließlich habe man sie durchsucht und Waffen, darunter Eierhandgranaten (!) bei ihnen gefunden, worauf die beiden verhaftet worden seien.

Die „Rote Fahne“ folgert aus dem Mitgeteilten, daß Severing ein „Bourgeois“-Minister sei, der ein Interesse daran habe, die ganze Sache vor den Arbeitern zu vertuschen. Der Gedanke ist so unförmig, wie das meiste Gerede der „Roten Fahne“ und ihresgleichen. Wenn die Geschichte wirklich wahr wäre, so könnte doch selbst ein kommunistischer Arbeiter kaum begreifen, warum der von den Reaktionen besetzte Minister die Sache verheimlichen sollte. Tatsächlich ist die ganze Geschichte, wie uns versichert wird, erfunden. Weder sind zwei Leute mit Handgranaten erschienen, noch durchsucht, noch gar verhaftet worden. In Wirklichkeit sind allerdings mehrfach Warnungen an den Minister gelangt, die immer wieder auf jene „Tischgesellschaft“ hindeuteten, wo man angeblich sich auf eine „schwere Tat“ vorbereite. Was dabei herausgekommen ist, hat der Polizeibericht gemeldet. Alles übrige ist — glücklicherweise — das Produkt blühender Phantasie. Was allerdings nicht hindert, daß eine ganze Menge Leute die Geschichte für wahr halten werden.

Um den proletarischen Selbstschutz.

Die Leipziger gegen die Siebenerkommission.

Die neugebildete sächsische Regierung wird parlamentarisch von den Kommunisten unterstützt, nachdem in langen Verhandlungen eine Verständigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine Reihe von innerparteilichen Punkten zustande gekommen war. Die Abmachungen sehen die Schaffung eines proletarischen Selbstschutzes durch die Parteien vor. Die Kommunisten drängen mit aller Macht dahin, diesen Selbstschutz in die Betriebe zu verlegen und ihn von beiden Parteien gemeinsam bilden zu lassen. Dagegen wandten sich nach dem Jargon der Kommunisten die „rechten Führer“, in Wirklichkeit die Funktionärversammlungen aller großen und maßgebenden Organisationen. Die Kommunisten drängen über diese Frage die sächsische Regierung zu stürzen, woraufhin die Minister am 20. April zum Parteitag zu den Verhandlungen mit den Kommunisten beauftragte Siebenerkommission erneut den Organisationen die Bildung gemeinsamen Selbstschutzes nach Möglichkeit nahelegte.

Die Leipziger Generalversammlung unserer Partei, in der der Innenminister Genosse Liebmann im Sinne der Siebenerkommission referierte, wandte sich mit bemerkenswerter Deutlichkeit erneut gegen das Verlangen der Kommunisten. Sie nahm nach eingehender Aussprache bei einem Besuch von 634 Delegierten gegen 20 Stimmen folgende Resolution an:

„Die Kreisgeneralversammlung lehnt einen Aufbau des proletarischen Selbstschutzes in den Betrieben und gemeinschaftlich mit den Kommunisten ab und beschließt, den sozialistischen Ordnungsdienst nach den Richtlinien der Bezirksleitung aufzubauen.“ (Das heißt also als eigene Organisation der Sozialdemokratischen Partei ohne Verbindung mit den Kommunisten.)

Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ wandten sich sämtliche Diskussionsredner gegen die Siebenerkommission und gegen die Versuche der Kommunisten, die Partei auf ihre Wege zu lenken. Unter anderem betonte Genosse Seger:

„Eine Illusion ist's, wenn man glaubt, mit den Abwehrorganisationen einen sozialistischen Vorstoß abwehren zu können. Dazu ist die Hilfe der Staatsgewalt und deren Organe notwendig. Severings Vorgehen gegen die Faschisten hat diesen größeren Hindernisse bereitet als das Gerede mit den Abwehrorganisationen. Bei der Einstellung der Kommunisten, wenn man solche Organisationen mit ihnen gemeinsam bilden wollte, Organisationen zu schaffen, die Faschisten im offenen Kampf niederwerfen könnten, ist unmöglich. Notwendig ist ein Selbstschutz für die Arbeiterschaft, z. B. gegen den Versammlungsterror. Soll dieser aber gebildet werden mit den Kommunisten, die unsere Versammlungen sprengen?“

Andere Genossen betonten, daß unter keinen Umständen in der verlangten Weise mit den Kommunisten gemeinsame Organisationen gebildet werden könnten. „Die in den Selbstschutzorganisationen unbedingt erforderliche Disziplin ist unmöglich, wenn widerstrebende Elemente darin vereinigt sind. Mit dem Zugeständnis zu Betriebsratsorganisationen gibt man den Kommunisten die Möglichkeit zur Zerstückelung der Partei und der Gewerkschaften... Die Kommunisten machen bei der nächsten Gelegenheit einen neuen Putsch und dann gäbe es in gemeinsamen Organisationen eine Verwirrung, die unabsehbare Folgen haben müßte.“ Sehr deutlich wandte sich auch der Genosse Lipinski gegen die kommunistischen Machenschaften. Er betonte:

„Wir hätten früher bei der Bildung des Selbstschutzes immer die Stärkung der Staatsmacht im Auge. Es ist ein Abweichen von der sozialistischen Auffassung, wenn man jetzt über den Selbstschutz und Abwehrorganisationen hinausgehen und die Leitung mit den Kommunisten teilen will. Ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten in diesen Organisationen ist unmöglich, weil die Kommunisten nicht die Staatsmacht stützen, sondern ein Sowjet-System errichten wollen.“

In seinem Schlusswort betonte der Genosse Liebmann, daß nach der Erklärung der Kommunisten sich ihr Vorstoß „nicht gegen die Regierung richtet, sondern gegen die Widerstände der Rechtsstehenden in der SPD.“ richtet. Trotz dieser Versicherung wurde aber der schon erwähnte Antrag mit übergroßer Majorität angenommen. Unsere Leipziger Parteigenossen zeigen mit der Annahme dieses Antrages, daß sie bei allen Versuchen, die Kommunisten zu gemeinsamer praktischer Arbeit heranzuziehen, sich unter keinen Umständen von der Linie einer klaren sozialistischen Politik abdrängen lassen werden. Es bleibt natürlich abzuwarten, ob die Kommunisten angesichts dieser „Sabotage“ nicht mehr der „rechten Führer“, sondern der Massen unserer Partei gegenüber ihrem Verwirrungsmanöver ihre Versuche, der sächsischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, aufgeben werden. Die inneren Schwierigkeiten ihrer Partei sprechen nicht dafür.

Stütiger Mai in Polen.

Warschau, 3. Mai. (S.P.) Die sozialistischen Parteiführer führten in Warschau und Lodz zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei, wobei es in Warschau etwa 60, in Lodz etwa 40 Verwundete gab. Sehr viele Verhaftungen wurden vorgenommen. In Lemberg wurden zum ersten Male von den sozialistischen Polen, Juden und Ukrainern ein gemeinsamer Umzug veranstaltet.

Das neue Berliner Löschwesen.

Die feinerzeit stark umstrittene Zusammenfassung der früheren einzelgemeindlichen Feuerwehren hat bereits einige günstige Ergebnisse zu verzeichnen. Die neue Zentralverwaltung hat zunächst an die freiwilligen Feuerwehren sieben Dampfsprizen, vier Gerätewagen, drei mechanische Leitern, dreitausend Meter Schlauch, achthundertfünfzig Uniformröcke und eine Reihe Löschgeräte abgeben können.

Die Löschbereitschaft der einzelnen freiwilligen Feuerwehren mußte seit 1914 selbstverständlich unter dem Geldmangel leiden. Außerdem bewirkte die bevorstehende Bildung der neuen Stadt Berlin ebenso selbstverständlich Zurückhaltung in den Anschaffungen und Erneuerungen bei den ohnehin sehr von den Kriegsnöten getroffenen Gemeinden. Unter allen Umständen ist es wohl auch als Fortschritt zu begrüßen, daß die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren jetzt von der Zentrale für ihr Wirken gleichmäßig festgesetzte Dienstleistungsentschädigungen erhalten, die im Hinblick auf die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse bemessen werden. Auch eine besondere Unfallfürsorge ist für die Feuerwehrmänner jetzt eingeführt. Der Anschluß sämtlicher freiwilliger Feuerwehren an das Fernsprechnetz ist ebenfalls in Angriff genommen und zum Teil schon durchgeführt. Die nachbarliche Löschhilfe, besonders seitens der Berufsfeuerwehren, welche früher oft Gegenstand langwieriger Verhandlungen war, ist nunmehr organisiert. Außerdem sollen für die Außenbezirke automatische Motorsprizen und mechanische Leitern beschafft werden. — Diese günstigen Ergebnisse haben dann auch schon dazu geführt, daß sämtliche Führer der freiwilligen Feuerwehren beschloßen haben, die städtischen Körperkassen anzugehen, daß die freiwilligen Feuerwehren ebenso wie die Berufsfeuerwehren künftig zentral verwaltet werden. Ueber die einzelnen erzielten Vorteile hinaus aber kann darauf hingewiesen werden, daß ohne Minderung des Feuersehns fünf Feuerwachen eingehen konnten, weil die Kräfte in Berlin und in den ehemaligen Städten mit Berufsfeuerwehren zweckmäßig verteilt werden konnten. Der Stadtsäckel spart hierdurch zurzeit eine Milliarde. Die Befürchtung, daß die freiwilligen Feuerwehren stiefmütterlich mit Geräten und Fahrzeugen ausgerüstet bleiben könnten, trifft also keineswegs zu.

Schon die oben mitgeteilten Tatsachen lassen klar erkennen, daß die Zusammenfassung die Feuerfischerheit und Schlagfertigkeit der sämtlichen Berliner Wehren erheblich gestärkt hat. Es steht sogar mit Sicherheit zu erwarten, daß die enge Zusammenarbeit im Löschwesen noch weitere Vorteile zutage fördern wird, wie sie sich bei jeder planmäßigen Zusammenfassung gleichartiger Betriebe unter allen Umständen ergeben muß.

Ein Verwandlungskünstler.

Die Hochkapelleien des Freiherrn von und zu Egloffstein-Dertel. Der vielgenannte Freiherr Ludwig von und zu Egloffstein-Dertel wurde gestern aus der Untersuchungshaft, in der er sich seit 28 Monaten — mit einer durch seine Flucht aus dem Gefängnis hervorgerufenen mehrmonatigen Unterbrechung — befindet, der Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich gemeinsam mit der Konjunkturführer wegen Diebstahls zu verantworten.

Die Angeklagte Lehmann hatte mit Egloffstein ein Liebesverhältnis und war von diesem, als er sich 1920 wieder einmal in Gefängnis befand, bestimmt worden, bei der Bank, bei der diese angestellt war, Wertpapiere im Betrage von mehreren hunderttausend Mark und Steuermarken im Werte von 5000 Mark zu entwenden und ihm auszuhandeln. Diese Aufgabe übernahm er, indem er einen Teil eines Röntgenstrahlengerätes, das er in der Hauptstadt handelte, in die Egloffstein verwickelt ist. In der Hauptstadt handelt es sich bei ihm um Hochkapelleien, denen er zum Teil ein politisches Röntgenstrahlengerät hatte, sowie um Urkundenfälschungen, bei denen die Namen hoher Beamten und Heerführer eine Rolle spielen. Durch sein sicheres Auftreten und seine eleganten Manieren glückte es dem stets in Husarenuniform erscheinenden Angeklagten, jahrelang große Raubzüge zu unternehmen. In Kassel gab sich E. als Verbindungsbeauftragter der in Rumänien internierten Armee Madensen aus. Die Verhältnisse bei der Armee Madensen kannte Egloffstein, weil er kurz vorher in Rumänien gewesen war. Als er dort aber merkte, daß er bei Madensen nichts „werden“ konnte, hatte sich aus einem deutschen Husarenoffizier schnell in einen Amerikaner verwandelt und war ins französische Lager übergegangen. Dort gab er sich als Vertreter der amerikanischen Delegation des Roten Kreuzes aus und wurde von den Franzosen, die ihm zu Ehren das Offiziersrasse, sogar mit der amerikanischen Flagge schmückten, mit offenen Armen empfangen. Ueber die Zurechnungsfähigkeit Egloffsteins sind wiederholt Zweifel entstanden. Rechtsanwalt Dr. E. H. Treitel beantragte die Verurteilung. Rechtsanwalt Dr. Juliusberger behauptete, daß bei der Angeklagten Lehmann feruelle Sörgigkeit vorliege, und hat den Gerichtsarat sich nach dieser Richtung hin zu äußern. Diefem Antrag gab das Gericht auch statt und beschloß deshalb die Verurteilung.

Halbe Fahrpreise für Laubenkolonisten.

Ein Erlaß des Reichsverkehrsministers, den sieben die „Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände“ mittels in den Kreisen der Kleingärtner lebhafteste Befriedigung wecken: um die für die Volkswirtschaft und Volksgesundheit wichtige Kleingärtnererei nach Möglichkeit zu fördern, hat der Reichsverkehrsminister angeordnet, daß den Kleingärtnern in Zukunft Fahrkarten 3. und 4. Klasse zum halben Fahrpreis abgegeben werden. Trotzdem die Ausgabe von Einzelkarten größeren Anreiz zum Mißbrauch bietet und die Abfertigung erschwert (zunächst war die Ausgabe billiger Monatskarten geplant), glaubte der Reichsverkehrsminister, den Kleingärtnern entgegenkommen zu müssen. Die Karten werden für die Fahrt vom Wohnort oder der Arbeitsstätte bis zur nächsten Station nächstgelegenen Station ausgeben; im Vorortverkehr sind sie unbeschränkt zugelassen. Die Reichsbahndirektionen sind angewiesen, die Neuvergabe möglichst bald durchzuführen.

Die „Sammlung für kriegsunterernährte Kinder“.

In welcher schäuder Weise leider nur zu oft die öffentliche Müßiggang zu eigenmächtigen Zwecken ausgenutzt wird, zeigte eine Verhandlung vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II, die, wenn auch die Angeklagten aus juristischen Gründen strafflos ausgingen, geeignet erscheint, wieder einmal die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Krebschäden einer bestimmten Sammlungstätigkeit zu lenken. Angeklagte wegen unerlaubter Veranstaltung öffentlicher Sammlungen waren der Kaufmann Franz de Greußheller und der frühere Obersteuermann, jetzige Kaufmann Gerhard Hirschel. Im März 1920 wurde im Bureau von de Greußheller ein Verein „Hilfsverein für kriegsunterernährte Kinder“ gegründet. Die Prüfung der Bücher hatte folgendes Ergebnis: Die Einnahmen betragen 135 000 M., davon waren für Gehälter, Miete, Geschäftsunkosten, Provisionen, Spesen verbraucht 122 345 M., so daß die kriegsunterernährten Kinder nicht einen Pfennig zu sehen bekommen hatten. Das Schöffengericht Schöneberg hatte die Angeklagten wegen Veranlassung öffentlicher Sammlungen ohne Genehmigung zu je 10 000 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen das Urteil hatten Staatsanwalt und Beauftragte Berufung eingelegt, und der Staatsanwalt beantragte unter scharfer Bezeichnung des gemeinlichlichen Treibens gegen de Greußheller vier Monate, gegen Hirschel einen Monat Gefängnis. Die Verteidiger bestritten, daß eine öffentliche Sammlung vorliege, da sich, wie sie durch Zeugnisse beweisen, die Werbetätigkeit innerhalb eines beschränkten Kreises von Empfehlungen entwidelt habe. Die Berufungsstraf-

kammer kam aus den gleichen Gesichtspunkten zu einer Verneinung der Öffentlichkeit der Sammlungen und daher zur Freisprechung. Die Anträge des Staatsanwalts entsprachen, abgesehen von ihren juristischen Grundlagen, vollkommen dem Volksempfinden, und es scheint nicht gut um eine Rechtsprechung bestellt zu sein, wenn sie aus formalen Gründen in einer Sache zu einem Freispruch kommen mußte, die der himmelschreienden Not der unterernährten Kinder unseres Volkes so schlecht gedient hat. Eine erhebliche Geldbuße für eben diese Kinder wäre hier als Sühne doch wohl zum mindesten am Platz gewesen.

Die Aufteilung des Tempelhofer Feldes.

Die Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium beendet.

Das Städtebauamt der Stadt Berlin teilt mit: Nach langen Verhandlungen ist es gelungen, die bisher dem Reichswehrministerium gehörige Fläche des Tempelhofer Feldes für die Stadt zu erwerben. Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 2. Mai dem Ankauf bereits zugestimmt, so daß nur noch die Genehmigung der Stadtoverordnetenversammlung und des Ministers aussteht. In der Genehmigung ist nicht zu zweifeln. Damit ist der erste Schritt getan zu einer großzügigen Ausgestaltung des Tempelhofer Feldes, wie sie vom Städtebauamt geplant wird. Nach diesem Plan soll der Hauptteil des Geländes als freie Fläche für die Benutzung der Bevölkerung erhalten bleiben. Ein Teil soll als Flughafen für den Personenverkehr ohne Industrieanlagen und ein weiterer Teil als Ausstellungsgelände ausgewiesen werden. Diese Ausgestaltung ist nur möglich in Zusammenarbeit mit dem Reichsfinanzministerium, dem die Hauptfläche des Feldes gehört. Es ist beabsichtigt, für die Planung dieser Ausgestaltung einen öffentlichen Wettbewerb unter den Berliner Baukünstlern auszuschreiben.

Zunehmende nächtliche Unsicherheit in den Vororten.

Mit außerordentlicher Freiheit gehen neuerdings die Diebe in dem westlichen Vorort Zehlendorf vor. In zwei aufeinander folgenden Nächten wurden in der Waldowstraße zwei kleinen Ladeninhabern die Schaufenster zertrümmert, und Waren gestohlen; die Geschäftsinhaber sind infolgedessen von dem wirtschaftlichen Ruin bedroht. In der unweit gelegenen Wohnung des Angeklagten wurde gleichfalls ein Einbruch verübt. Es zeigen sich hier sehr zum Schaden der Einwohner die Folgen des gänzlich unzureichenden polizeilichen Nachschutzes, der wiederum eine Folge des Mangels an Beamten zu sein scheint. Diefem Mangel abzuhelfen wird zweifellos die Potsdamer Schupolizei bereit sein, die offenbar sehr gerne in Zehlendorf weilt und anscheinend über sehr viele freie Zeit verfügt. Als vor einigen Tagen nämlich die Deutschnationale Volkspartei in Zehlendorf eine öffentliche Versammlung abhielt, in der Graf Westarp unter Ausschluß jeglicher Diskussion sprach, da mußten zum Schluß die Teilnehmer, unter denen sich sehr viele Arbeiter und Sozialisten befanden, durch eine von einem großen Aufgebot Potsdamer Schupolizei gebildete schmale Gasse den Saal verlassen.

Ein Mord bei Potsdam.

Ein Kapitalverbrechen bei Potsdam beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Bei dem Vorwerk Eifenau fand man in einem Bassertümpel die Leiche eines Mannes, dem wahrscheinlich infolge von Schlägen, Blut aus Nase und Ohren geflossen war. Nach den bisherigen Feststellungen liegt ein Mord vor. Der Tote ist etwa 35—40 Jahre alt und mittelgroß. Von der rechten Ohrmuschel fehlt ein Stück, die Wunde ist aber alt vernarbt. Der Mann hat ein Gebiß aus rotem Kautschuk, sieben Zähne mit einer Goldlamme. Er trug ein an beiden Achselhöhlen geflickte Militärbusse mit Hirschhornknöpfen, eine Hose aus Kriegostoff, in die auf beiden Seiten sauber eingeleht sind, einen schwarzweiß gestreiften Kragenschoner, wollene Strümpfe, schwarze Stiefel und einen feidgrauen Rock. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Gahmig beim Erkennungsdienst im Polizeipräsidium entgegen.

Schon wieder ein Dachstuhlbrand.

Die Dachstuhlbrände nehmen in beängstigender Weise zu. Wegen eines größeren Dachstuhlbrandes wurde am Mittwochnachmittag die Reutländer Feuerwehr nach der Wefestr. 55/56 gerufen. Durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen gelang es, die Flammen auf den Dachstuhl zu beschränken. Im vorigen Jahre brannte im Sommer der Dachstuhl des Nebenhauses nieder. Ebenfalls wenig wie damals konnte jetzt die Entstehung des Brandes aufgeklärt werden.

Jugendherbergsmode. Aus den Verwaltungsbezirken Charlottenburg und Neukölln wird uns gemeldet, daß dort in der Werbewoche, die vom 6.—13. Mai in Berlin und der Provinz Brandenburg stattfindet, auf öffentlichen Plätzen Konzerte und Volkstänze veranstaltet und dabei für die Jugendherbergen Geld gesammelt werden soll. Charlottenburg zeigt auch vom 9. Mai ab eine Ausstellung für Jugendwanderer (im Rathaus) und wird am 13. Mai die neue Jugendherberge auf dem Spielplatz Westend einweihen.

Jubiläum. Die Goldene Hochzeit feierte am 1. Mai d. J. der Unfallrentner A. Riffal, Charlottenburg, Spreestr. 56, Etz. II. Das Ehepaar lebt in den glücklichsten Verhältnissen.

Bezirktrentenverg. Die Genossen, die in der Arbeiterwohlfahrt oder der Kinderbeschäftigung tätig sind, und die Mitglieder der Wohlfahrtskommissionen beteiligen sich an der Wohlfahrtswohlfahrt des Bezirksamts Prengelauer Berg. Nächster Vortrag: „Freie und öffentliche Wohlfahrtswohlfahrt“, Referent: Frau Bronski (Zentrale für private Fürsorge), findet heute abend 7 1/2 Uhr im Bezirksversammlungsraum, Dänischer Straße 64, statt. Weitere Vorträge und Beschäftigungen werden dort bekanntgegeben.

Ter Gehilfentag eines Polizeibeamten. Am Sonnabend, den 28. April, ist am Schalter 24 (Geb.-Nr. D) des Postamts 18 beim Aufgeben von Briefen ein Kinderbeitrag von 1,8 Millionen Mark einströmen, der auf einen Freitag im Juliverkehr zurückzuführen ist. Der Beamte, der für diesen Gehilfentag in voller Höhe entschädigt gemacht wird, bittet herzlich, ihm den zu viel gezahlten Betrag zurückzuerhalten. Adresse: M. Rühlmann, Volkshaus, Spandau, Ruhlebener Str. 2.

Arbeiterhochschüler! Die neueröffnete Abteilung des Berliner Arbeiterhochschuls Tempelhof, Mariendorfer Platz, jeden Freitag, ab 8 Uhr, Ordensmeistertrage, Ode Poststraße, bei Reimers. Gäste willkommen.

Schachmeister Rubinstein geschlagen. Die gestern im Karlsboder Schachmeistertourier gespielten drei Runden brachten eine Ueberwältigung: Michin und Rubinstein wurden von ihren Gegnern geschlagen.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Bielloch weiter, am Tage etwas wärmer bei mäßigen, anfangs nordwestlichen, später südlichen Winden. Keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

25. Mt. Die Wählerlisten laßt beim Genossen Fude oder Eisenbach abdrucken.
27. Mt. Parteitag 1/2 8 Uhr Funktionärversammlung bei J. 1.
28. Mt. Schöneberg, Freitag, Parteitag, um 7 Uhr beim Genossen König, Prinz-Georg-Straße 10, abends um 8 Uhr erweiterte Parteibeschäftigung.
119. Mt. Stiglitz, Freitag 7 Uhr, Funktionärversammlung bei Eise, Albenborsch-Straße, Ode Poststraße.
Jungsozialisten, Kreisvorsitzendenversammlung, Freitag, den 4. 7 1/2 Uhr, Juristische Gesellschaft, Eintracht 3, Uebungsraum um 8 Uhr.
Jungsozialisten, Gruppe Schöneberg-Friedenau. Die Veranstaltung am 4. Mai fällt aus.

Jugendveranstaltungen.

Kidung, Debnur für den Freitagstag! Morgen, Freitag, den 4. Mai, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Lindenstraße 11, eine Vorbereitungsversammlung statt. Alle Abteilungen müssen vertreten sein. Die Abteilungen, die noch keine Ordner angegeben haben, müssen dies auf der Woche vorher nachholen.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lohnpolitik der Unternehmer.

Der Tarifausschuss der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hielt gestern eine Sitzung ab, um zu der Frage der Lohnpolitik für den Monat Mai Stellung zu nehmen. In einem Rundschreiben dieser Vereinigung vom 24. April werden die Mitglieder dringend gebeten, sich selbst noch jeder Entscheidung für die Lohnpolitik zu enthalten und die Gewerkschaften auf Verhandlungen Anfang Mai zu verweisen. Dieses Hinausschieben der Verhandlungen ist auch deshalb gerechtfertigt, weil diesmal der Reichsverband besonderes Interesse entgegengebracht werden muß und die Bekanntgabe der Zahlen erst um den 4. oder 5. Mai zu erwarten ist.

Die Gewerkschaften hätten bei der Aussprache am 23. April in der Zentralarbeitsgemeinschaft der Vereinigung wegen der im März und April verfolgten Lohnpolitik Vorhaltungen gemacht und darin eine Verletzung des Beschlusses der Zentralarbeitsgemeinschaft vom Ende Januar 1923 über den gemeinsamen Kampfbund der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (verleichte Rundschreiben Nr. 19) erblickt. Sie

verlangten schließlich von uns eine Erklärung, daß wir mit Rücksicht auf die Aenderung des Preisstandes und ein weiteres Anziehen der Preise für Mai die bisherige Lohnpolitik nicht weiter verfolgen. Dabei spielte auch wieder die sogenannte Lohnanpassung in den Ausführungen der Gewerkschaftsvertreter eine besondere Rolle. Auch unsere wiederholte Erklärung, man möchte uns von der Gewerkschaftsseite doch einmal eine Begriffsbestimmung für die Lohnanpassung und praktische Vorschläge für deren Durchführung sowie für die Verhinderung von Lohntreibern infolge der Anpassungstheorie machen, blieben sie uns die Antwort schuldig und erst gegen Schluss der Debatte stellte sich heraus, daß man auf Gewerkschaftsseite sowohl Angleichung an das „Lohnniveau“, wie an das „Preisniveau“ und eine Sicherstellung des Reallohnstandes vom Januar d. J. verlangt. Die letztere Forderung mußte schon mit Hinweis darauf, daß sie praktisch auf die Einführung der gleitenden Lohnskala hinausläufe, abgelehnt werden. Im übrigen verweisen wir die Gewerkschaften auf die am 2. Mai stattfindende Aussprache unseres Tarifausschusses, in der wir förmlich für die Gestaltung der Lohnpolitik in Frage kommenden Umstände, wie bisher, sorgfältig und pflichtgemäß prüfen würden. Auch für den Monat Mai kann nur eine solche Lohnpolitik für uns in Frage kommen, die die politisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Frage des Ruhrabwehrkampfes mit der wirtschaftlichen Lage der Betriebe und den Zielen der Regierung, wie bisher, in Einklang zu bringen sucht. Welche Gesichtspunkte etwa hier in Frage kommen, hoffen wir noch vor der Tarifausschusssitzung durch Fühlungnahme an maßgebender Stelle feststellen und der Aussprache im Tarifausschuss zugrundelegen zu können. Zusammenfassend betonen wir erneut, daß unbedingt verhindert werden muß, unter dem Eindruck der gegenwärtigen Verhältnisse jetzt schon die Lohnpolitik der Unternehmensebene für Mai durch Vorwegnahme von Verhandlungen, sei es im Sinne der Ablehnung, sei es mit der Absicht der Bewilligung weiterer Lohn erhöhungen entscheidend durch die Praxis zu beeinflussen.

Es wird sich bald zeigen, was bei der Fühlungnahme an maßgebender Stelle herausgefunden ist und welche Gesichtspunkte unter den „politisch-wirtschaftlichen“ im geistigen Kriegsrat der Unternehmer mitteilt wurden.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

Die Herrschaften, die die Arbeitnehmer mit ihren Ausgleichsforderungen für den vergeblich erhofften Preisabbau im April und die weitere Preissteigerung im letzten Drittel des April auf eine Regelung im Mai verweisen, müßten sich schon sagen, daß eine weitere Verschärfung hinter die „politisch-wirtschaftlichen“ Gesichtspunkte, die keinen hungrieren Magen, wohl aber die Taschen vieler Unternehmer füllen, ziemlich aussichtslos ist.

hilfschaft erfüllt würden, werde man nicht oertern. Auf die Beschlüsse lasse sich die Haltung der Prinzipalvertreter bei den letzten Verhandlungen zurückführen. Die Vertretung der Gehilfschaft habe eine allgemeine Erhöhung der Löhne um 30 Prozent sowie Festlegung der Sonderzulagen für das besetzte Gebiet gefordert und eingehend begründet. Mit den Prinzipalen sei über eine Verständigung nicht zu erreichen gewesen. Das Zentral-schlichtungsamt habe dann schon in der Presse veröffentlichten Schiedspruch gefällt, nach dem der Spitzenlohn um 15 Prozent erhöhen ist. Dieser Spruch scheine den Arbeitgebern völlig unerwartet gekommen zu sein. Sie zogen sich einige Minuten zurück, lehnten dann den Spruch ab und verließen das Lokal. Die Vertreter der Gehilfschaft beschloßen einstimmig, den Spruch anzunehmen. Am Donnerstag (heute) werde der Demobilisationskommissar sich mit der Sache beschäftigen. Es müsse abgewartet werden, was bei der Verhandlung vor dem „Demo“ herauskomme. Eventuell werde die Gouvortseherkonferenz über die erforderlichen Schritte beschließen.

Nach längerer Aussprache wurde eine von den im Hause Rosse beschäftigten Kollegen eingebrachte Resolution, nicht in jedem Fall zum Zweck der Berichterstattung eine Generalversammlung einzuberufen, abgelehnt. Ein Antrag, den Arbeitslosen den Verbandsjahresbericht unentgeltlich zu überlassen, wurde angenommen. Der Bericht kann von den in Arbeit stehenden Mitgliedern nach Meldung im Gouvureau und Erstattung von 200 M. bezogen werden. In seinem Schlusswort legte der Referent den Kollegen ans Herz, keine unbedachte oder übereilte Schritte zu unternehmen, sondern den weiteren Verlauf der Lohnbewegung abzuwarten.

Max und Moritz, Oranienstraße 162.

Der Inhaber dieses Lokals, Herr Fournier, läßt sich von seinen Angehörigen als Vater titulieren. Sein väterliches Wohlwollen reicht jedoch nicht so weit, daß er seinen Arbeitnehmern tarifmäßige Löhne bezahlt. Der Beamte des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Gastangestellten wurde aus dem Lokal gewiesen, weil der Unternehmer kein organisiertes Personal in seinem Betriebe duldet. Die organisierte Arbeiterschaft wird aus diesen Lokalen die notwendige Lehre ziehen müssen. Das Lokal ist für organisierte Gastwirtsangestellten gesperrt.

Mehr Jubiläen!

Die Rückständigkeit der Amsterdamer Gewerkschaften und ihre konterrevolutionäre Haltung ergibt sich schon daraus, daß sie früher alljährlich ein Stichtagsfest abhielten, wohl auch ein wenig Aufhebens von ihrem 10jährigen Bestehen machten, aber es erst nach 25 Jahren ihrer Wirksamkeit wagten, eine Jubiläumstagung abzuhalten. Sie fürchteten sich — vor der Lächerlichkeit, der sie verfallen wären, wenn sie etwa alle fünf Jahre ein Jubiläum gemacht hätten.

Die Rote Gewerkschaftsinternationale der Rostauer räumt auch mit solchen veralteten, jagdhofen, um nicht zu sagen feigen Reihoden der Amsterdamer gründlich auf. 25 Jahre auf ein Jubiläum warten! In 25 Jahren häufen sich soziale Parolen auf, lassen sich soziale Weltrevolutionen machen, das es geradezu Sozialverrat wäre, so lange zu warten, die Mittelglieder hinzuhalten, zu verrotten und sie immer wieder Beiträge zahlen zu lassen.

Deshalb ladet das Präsidium des Russischen Bauarbeiterverbandes alle Bauarbeiterverbände Europas und Amerikas — warum nicht auch die der übrigen drei Weltteile? — zu seinem fünfjährigen Jubiläum am 15. Mai nach Rostau ein. Die „Rote Fahne“ veröffentlichte heute die Einladung.

Danzig freie Gewerkschaften im Jahre 1922.

Nach dem soeben vorgelegten Jahresbericht des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für die freie Stadt Danzig sind in ihm 34 Gewerkschaften zusammengeschlossen, die sämtlich Glieder der deutschen Zentralgewerkschaften sind. Die Gesamtzahl der freien Gewerkschaftler, ohne Landarbeiter, beträgt 29 825, davon 8292 weibliche. Es ist eine Zunahme von 1005 Mitgliedern zu verzeichnen.

Nach mehr wie im deutschen Mutterlande leidet Danzig arbeitende Bevölkerung unter dem ständigen Sinken der Mark und der damit verbundenen Teuerung. Der Anschluß Danzigs an das polnische Zollgebiet und die stark agrarisch eingestellte Politik des bürgerlichen Senats führten dazu, daß die Lebenshaltung in Danzig um 40 Prozent teurer ist als im Deutschen Reich. Die Gewerkschaften mühten deshalb fortgesetzt Lohnbewegungen zum Ausgleich der Teuerung führen. Im Jahre 1922 wurden im Reichslokalgebiet 101 Streiks und 1124 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, sämtlich erfolgreich, durchgeführt.

Die Einnahmen der dem Bund angehörenden Gewerkschaften betragen im Berichtsjahr für die Zentralkassen 35,5 Mill. Mark, für die Lokalkassen 12,7 Mill. M., für Ertragsbeiträge 1,3 Mill. M., zusammen 49,5 Mill. M. Im Jahre 1921 betrug die Gesamteinnahme 4,6 Mill. M. Herausgaben wurden: für Streik- und Gemahregeldunterstützung 19,1 Mill. M., für Arbeitslosenunterstützung 515 277 M., für Krankenunterstützung 843 435 M., für Invalidenunterstützung 40 200 M., für Umzugs- und Notstandsunterstützung 114 450 M., für Reiseunterstützung 12 727 M., für Sterbeunterstützung 68 539 M., für Rechtschutz 58 362 M., zusammen 30,2 Mill. M. Der Lokalkassenbestand an aller Verbände betrug im Berichtsjahr 8,7 Mill. M., im Jahre 1921: 496 200 M. Die Ausgaben der Streiks haben sich im Jahre 1922 vervielfacht, mit Ausnahme der Arbeitslosenunterstützung, die sich vermindert hat, sind auch die Ausgaben für die übrigen Unterstützungszweige stark gestiegen. Arbeitslosigkeit spielte im vergangenen Jahre eine geringe Rolle. Der außerordentlich hohe politische Zoll begünstigt die Anlage neuer Industrieunternehmen in Danzig.

Der Kasernenbericht des Bundes weist eine Gesamteinnahme von 678 891 M. auf. Er unterhält ein Bundessekretariat, ein Arbeitersekretariat und eine rund 8000 Bände umfassende Bibliothek, aus der im Vorjahre etwa 17 000 Bücher entliehen wurden. Der Bundesbeitrag pro Quartal und Mitglied stieg von 1 M. zu Anfang des Jahres auf 33 M. am Jahresabschluss. Daneben wurde ein Bundesbeitrag von 65 Pf. pro Quartal und Mitglied erhoben.

Das neue Jahr wird im Zeichen der Abwehrkämpfe stehen. Auch hier provozieren die Arbeitgeber den Lohnabbau und treten für die Verlängerung der Arbeitszeit ein. Die freien Gewerkschaften fühlen sich aber kräftig genug, den Ansturm der Unternehmer abzuwehren zu können.

Ein neues Arbeitsgesetz in Rumänien.

Der rumänische Minister für Gesundheitswesen, Arbeit und soziale Wohlfahrt hat dem Ausschuss für Arbeitsgesetzgebung den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches vorgelegt, dessen Grundzüge wie folgt sind:

Gemährleistung gleichen Schutzes für die verschiedenen Faktoren der Produktion. Achtung der Freiheit der Arbeit und Festlegung der Arbeitsverhältnisse im allgemeinen durch Tarifverträge. Die so bestimmten Arbeitsverhältnisse haben mit den Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches in Einklang zu stehen.

Gleiche Rechte und Pflichten für Unternehmer und Arbeiter, ohne Unterschied des Geschlechts, der Volkzugehörigkeit oder Religion. Gleiche Rechte und Pflichten für arbeitende Männer und Frauen in der Industrie und im Handel unter Gewährung besonderer Schutzes für Arbeiterinnen. Arbeiter von 18 Jahren aufwärts haben als Erwachsene zu gelten.

Die Löhne dürfen nicht geringer sein als die von den zuständigen Behörden, die durch das Arbeitsgesetz eingesetzt werden, bestimmten Höhe. Obligatorische Zuständigkeit von Schlichtungsbehörden im Falle von Arbeitsstreitigkeiten in Privatunternehmungen. Verbot von Streiks in öffentlichen Unternehmungen und Zwangs-schlichtung von Streitigkeiten.

Tägliche Arbeitsdauer von nicht mehr als acht Stunden. Wöchentliche obligatorischer Ruhezeit für alle Lohnarbeiter. Gewährleistung des Vereinigungsrechts und Anerkennung der Gewerkschaften in Gemäßheit mit den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes.

Berrettung von Unternehmern und Arbeitern in Arbeitskammern, im nationalen Arbeitsrat, dem oberen Rat für Sozialversicherung und in allen diesen Körperschaften angegliederten Ausschüssen. Vertretung der Arbeitskammern im Parlament.

Obligatorische Kranken- und Unfallversicherung für alle Arbeiter in der Industrie und im Handel. Erweiterung des Sozialversicherungsgesetzes durch Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und zum Schutz der Arbeitslosen.

Arbeitsverhältnisse. Damen-, Kindermännchen- und Kostümfabrikation. Mitgliedsverpflichtung morgen, Freitag, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Angelier 24 25. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Beschäftigten. Mitgliedsbeitrag legitimiert.

Zentralverband der Maschinen- und Holzger. Morgen Freitag, 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, Angelier 24 25. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern und Beschäftigten. Mitgliedsbeitrag legitimiert.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Einfaß von Brillanten, Berlin, Europa-Platz, Gold- und Silberbruch, sowie Uhren, Ketten u. Ringe, Schapfro, Rene Kahlitz, 10a, im Laden.)

Der gute **Kapitan-Kaufabak** ist in d. meist. Zigarrengeschäft erhältlich. Berlin, Lichtenberger Straße 22. — Kst 2861.

C. Röcker, Die mittlere Verwaltungsführung findet morgen abend nicht statt. Die Oetocverwaltung.

Qualitätswaren

Anzüge 68⁰⁰⁰ 48⁰⁰⁰ 28⁰⁰⁰
kleine Größen

Anzüge 78⁰⁰⁰ 98⁰⁰⁰ 48⁰⁰⁰
Mittelgrößen

Anzüge 98⁰⁰⁰ 135⁰⁰⁰ 68⁰⁰⁰
weite Größen

Mantel 48⁰⁰⁰ 78⁰⁰⁰ 38⁰⁰⁰
in jeder Art

Anzüge und Mäntel
bester Ersatz für Maßanfertigung
Riesen-Auswahl!

Damen-Mäntel
vom soliden bis zum elegantesten
28000 39000 48000 59000 85000 93000 137000

Kostüme :: Röcke

Kleczewski
Wilmsdorfer Straße 127
am Bahnhof Charlottenburg, Ecke Schillerstraße, erste Etage
Boxhagener Straße 47
am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Ecke Holthausstraße.

Gold Silber Platin Brillanten -Bruch
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Juwelier - Fränkischer Platz 278

Schokolade billiger!
Sarotti
Stollwerk
Mauslon
Kant. u. s. Marken
billig!
Eisen & Diamant
Kaisersr. 4
Andreasstr. 18

Marken- und andere
Zigaretten
Del. Ad. Nagel
Germannapfen 6
Wernitz 5821.

Zinn
Gold-, Silber-Bruch
Quecksilber
Blei, Kupfer, Platin
u. s. w.
faßt s. Oingroßreiter
Schwarz, Lange Str. 35
an Schindler Bahnhof

WeißerKeller

Ein guter Rat!

Kaufen Sie sofort! Unverändert billige Preise!

!! Ohne Rücksicht auf die !! allgemeine Preissteigerung !!

RIESEN-AUSWAHL!

Herren-Anzüge . 225⁰⁰⁰, 165⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, **45⁰⁰⁰**
Jünglings-Anzüge 95⁰⁰⁰, 58⁰⁰⁰, **35⁰⁰⁰**
Sommer-Schlüpfer . . . 145⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, **68⁰⁰⁰**
Gumm-Mäntel 135⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, **65⁰⁰⁰**
Hosen 38⁰⁰⁰, 22⁰⁰⁰, 15⁰⁰⁰, **8⁵⁰⁰**

Rechtzeitiges Erscheinen verhindert den Andrang in den Abendstunden!

Kauf erleichtert durch Anzahlung

Hugo Simon
Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmsdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Gewinn-Auszug
21. Preussisch-Süddeutschen (247. Preussischen) Klassen-Lotterie
4. Klasse 14. Ziehungstag 2. Mai 1923

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne, und zwar je einer auf die beide gleichgezogene Nummern I und II

Chas. Ostfeld, Reichsrat vertritt.
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

6 M	100 000 M	41134	74730	198361			
8 M	50 000 M	25568	155500	801507	846292		
8 M	30 000 M	6105	6196	17549	34020	45893	
51373	59030	69967	65049	72131	73946	79374	79898
67699	89476	122300	126541	158267	183003	160696	
107483	185125	194066	206276	208591	229977	231568	
238186	260578	254401	266717	288906	271519	271808	
279714	317850	318046	333181	333396	333410	340848	
363618	870667						

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 30 000 M. gezogen.

2 M	100 000 M	812411					
14 M	50 000 M	4093	84704	183237	276621	286887	
286070	374403						
60 M	30 000 M	18011	20093	24377	37547	40738	
46440	71781	82520	87898	91873	97808	99903	102341
110737	113708	121018	143316	150347	162039	187416	
179276	211767	234038	244174	252979	271234	298080	
307950	323397	340374	357776	363786	368936		

Hühneraugen
beseitigt sicher das Radikalmittel

Lebewohl
Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben.
In Dro. u. Apoth. Man verl. ausdrückt „Lebewohl“

Verlobung Trauringe
Duk.-Gold 900 gest. v. 25000 M. an einfache Trauringe, gest. von 6000 M. an. Fast alle Präzisions am Lager. Namen u. Eui umsonst. Umarbeitungen und Anfertigungen von Trauringen bei Goldzubeh. in 24 Stunden.
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt!

Trauringfabrik Albert Thal & Co.,
C 19, Seydelstraße 3 (Spittelmarkt).